

IMMANUEL KANT

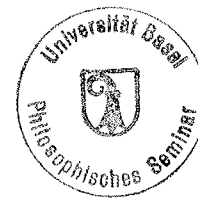
Metaphysische Anfangsgründe
der Rechtslehre

Metaphysik der Sitten
Erster Teil

Neu herausgegeben von
BERND LUDWIG

H II

149



FELIX MEINER VERLAG
HAMBURG

EINLEITUNG

in die Rechtslehre

[229]

27

§ A

Was die Rechtslehre sei?

- 5 Der Inbegriff der Gesetze, für welche eine äußere Gesetzgebung möglich ist, heißt die Rechtslehre (*Ius*). Ist eine solche Gesetzgebung wirklich, so ist sie Lehre des positiven Rechts, und der Rechtskundige derselben, oder Rechtsgelehrte (*Iurisconsultus*), heißt rechtserfahren (*Iurisperitus*), wenn er die äußeren Gesetze auch äußerlich, d. i. in ihrer Anwendung auf in der Erfahrung vorkommende Fälle kennt, die auch wohl Rechtsklugheit (*Iurisprudencia*) werden kann, ohne beide zusammen aber bloße Rechtswissenschaft (*Iurisscientia*) bleibt. Die letztere Benennung kommt der systematischen Kenntnis der natürlichen Rechtslehre (*Ius naturae*) zu, wiewohl der Rechtskundige in der letzteren zu aller positiven Gesetzgebung die unwandelbaren Prinzipien hergeben muß.

§ B

Was ist Recht?

- 20 Diese Frage möchte wohl den Rechtsgelehrten, wenn er nicht in Tautologie verfallen, oder, statt einer allgemeinen Auflösung, auf das, was in irgend einem Lande die Gesetze zu irgend einer Zeit wollen, verweisen will, eben so in Verlegenheit setzen, als die berufene Aufforderung: Was ist Wahrheit? den Logiker. Was Rechtens sei (*quid sit iuris*), d. i. was die Gesetze an einem gewissen Ort und zu einer gewissen Zeit sagen oder gesagt haben, kann er noch wohl angeben; aber ob das, was sie wollten, auch recht sei, und das allgemeine Kriterium, woran man überhaupt, Recht sowohl als Unrecht (*iustum et iniustum*), erkennen

[230] könne, bleibt ihm wohl verborgen, wenn er nicht eine Zeitlang 1
jene empirischen Prinzipien verläßt, die Quellen jener Urteile in
der bloßen Vernunft sucht (wiewohl ihm dazu jene Gesetze vor-
trefflich zum Leitfaden dienen können), um zu einer möglichen 5
positiven Gesetzgebung die Grundlage zu errichten. Eine bloß
empirische Rechtslehre ist (wie der hölzerne Kopf in Phädrus'
Fabel) ein Kopf, der schön sein mag, nur schade! daß er kein Ge-
hirn hat.

Der Begriff des Rechts, sofern er sich auf eine ihm korrespon-
dierende Verbindlichkeit bezieht (d. i. der moralische Begriff des- 10
selben), betrifft erstlich nur das äußere und zwar praktische
Verhältnis einer Person gegen eine andere, sofern ihre Handlun-
gen als Fakta aufeinander (unmittelbar, oder mittelbar) Einfluß
haben können. Aber zweitens bedeutet er nicht das Verhältnis 15
der Willkür auf den Wunsch (folglich auch auf das bloße Be-
dürfnis) des Anderen, wie etwa in den Handlungen der Wohltä-
tigkeit oder Hartherzigkeit, sondern lediglich auf die Willkür
des Anderen. Drittens, in diesem wechselseitigen Verhältnis
der Willkür kommt auch gar nicht die Materie der Willkür, d. i.
der Zweck, den ein jeder mit dem Objekt, was er will, zur Ab- 20
sicht hat, in Betrachtung, z. B. es wird nicht gefragt, ob jemand
bei der Ware, die er zu seinem eigenen Handel von mir kauft,
auch seinen Vorteil finden möge, oder nicht, sondern nur nach
der Form im Verhältnis der beiderseitigen Willkür, sofern sie
bloß als frei betrachtet wird, und ob die Handlung Eines von 25
beiden sich mit der Freiheit des Anderen nach einem allgemeinen
Gesetze zusammen vereinigen lasse.

Das Recht ist also der Inbegriff der Bedingungen, unter denen
die Willkür des einen mit der Willkür des anderen nach einem all- 30
gemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.

10–11 desselben] derselben 25 ob die] ob durch die

Allgemeines Prinzip des Rechts

»Eine jede Handlung ist recht, die oder nach deren Maxime
die Freiheit der Willkür eines jeden mit jedermanns Freiheit nach
5 einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann.«

Wenn also meine Handlung, oder überhaupt mein Zustand,
mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetze
zusammen bestehen kann, so tut der mir Unrecht, der mich
daran hindert; denn dieses Hindernis (dieser Widerstand) kann [231]
10 mit der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen nicht bestehen.

Es folgt hieraus auch: daß nicht verlangt werden kann, daß die-
ses Prinzip aller Maximen selbst wiederum meine Maxime sei,
d. i. daß ich es mir zur Maxime meiner Handlung mache;
denn ein jeder kann frei sein, obgleich seine Freiheit mir gänzlich
15 indifferent wäre, oder ich im Herzen derselben gerne Abbruch
tun möchte, wenn ich nur durch meine äußere Handlung ihr
nicht Eintrag tue. Das Rechthandeln mir zur Maxime zu machen,
ist eine Forderung, die die Ethik an mich tut.

Also ist das allgemeine Rechtsgesetz: Handle äußerlich so, daß
20 der freie Gebrauch deiner Willkür mit der Freiheit von jedermann
nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen könne,
zwar ein Gesetz, welches mir eine Verbindlichkeit auferlegt, aber
ganz und gar nicht erwartet, noch weniger fordert, daß ich ganz
um dieser Verbindlichkeit willen, meine Freiheit auf jene Bedin-
25 gungen selbst einschränken solle, sondern die Vernunft sagt
nur, daß sie in ihrer Idee darauf eingeschränkt sei und von ande-
ren auch tätlich eingeschränkt werden dürfe; und dieses sagt sie
als ein Postulat, welches gar keines Beweises weiter fähig ist. –
Wenn die Absicht nicht ist Tugend zu lehren, sondern nur was
30 recht sei vorzutragen, so darf und soll man selbst nicht jenes
Rechtsgesetz als Triebfeder der Handlung vorstellig machen.

5 kann.«] kann etc. « 23–24 ganz₂ um] ? ganz allein um?

§ D

Das Recht ist mit der Befugnis zu zwingen verbunden

Der Widerstand, der dem Hindernis einer Wirkung entgegengesetzt wird, ist eine Beförderung dieser Wirkung und stimmt mit ihr zusammen. Nun ist alles, was Unrecht ist, ein Hindernis der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen; der Zwang aber ist ein Hindernis oder Widerstand, der der Freiheit geschieht. Folglich: wenn ein gewisser Gebrauch der Freiheit selbst ein Hindernis der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen (d. i. unrecht) ist, so ist der Zwang, der diesem entgegengesetzt wird, als Verhinderung eines Hindernisses der Freiheit mit der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen zusammenstimmend, d. i. recht: mithin ist mit dem Rechte zugleich eine Befugnis, den, der ihm Abbruch tut, zu zwingen, nach dem Satze des Widerspruchs verknüpft.

§ E

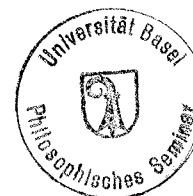
[232] Das strikte Recht kann auch als die Möglichkeit eines mit jedermanns Freiheit nach allgemeinen Gesetzen zusammenstimmenden durchgängigen wechselseitigen Zwanges vorgestellt werden

Dieser Satz will soviel sagen, als: das Recht darf nicht als aus zwei Stücken, nämlich der Verbindlichkeit nach einem Gesetze und der Befugnis dessen, der durch seine Willkür den anderen verbindet, diesen dazu zu zwingen, zusammengesetzt gedacht werden, sondern man kann den Begriff des Rechts in der Möglichkeit der Verknüpfung des allgemeinen wechselseitigen Zwanges mit jedermanns Freiheit unmittelbar setzen. So, wie nämlich das Recht überhaupt nur das zum Objekte hat, was in Handlungen äußerlich ist, so ist das strikte Recht, nämlich das, dem nichts Ethisches beigemischt ist, dasjenige, welches keine anderen Bestimmungsgründe der Willkür als bloß die äußeren fordert; denn alsdann ist es rein und mit keinen Tugendvorschriften vermengt. Ein striktes (enges) Recht kann man also nur das völlig äußere nennen. Dieses gründet sich nun zwar auf dem Bewußtsein der

1 Verbindlichkeit eines jeden nach dem Gesetze, aber, die Willkür danach zu bestimmen, darf und kann es, wenn es rein sein soll, sich auf dieses Bewußtsein als Triebfeder nicht berufen, sondern fußt sich deshalb auf dem Prinzip der Möglichkeit eines äußeren
5 Zwanges, der mit der Freiheit von jedermann nach allgemeinen Gesetzen zusammen bestehen kann. – Wenn also gesagt wird: ein Gläubiger hat ein Recht, von dem Schuldner die Bezahlung seiner Schuld zu fordern, so bedeutet das nicht, er kann ihm zu Gemüte führen, daß ihn seine Vernunft selbst zu dieser Leistung verbinde, sondern ein Zwang, der jedermann nötigt, dieses zu tun,
10 kann gar wohl mit jedermanns Freiheit, also auch mit der seini- gen, nach einem allgemeinen äußeren Gesetz zusammen bestehen: Recht und Befugnis zu zwingen bedeuten also einerlei.

Das Gesetz eines mit jedermanns Freiheit notwendig zusammenstimmenden wechselseitigen Zwanges, unter dem
15 Prinzip der allgemeinen Freiheit, ist gleichsam die Konstruktion jenes Begriffs, d. i. Darstellung desselben in einer reinen Anschauung *a priori*, nach der Analogie der Möglichkeit freier Bewegungen der Körper unter dem Gesetze der Gleichheit der Wirkung und Gegenwirkung. So,
20 wie wir nun in der reinen Mathematik die Eigenschaften ihres Objekts nicht unmittelbar vom Begriffe ableiten, sondern nur durch die Konstruktion des Begriffs entdecken können, so ist's nicht sowohl der Begriff des Rechts, als
25 vielmehr der, unter allgemeine Gesetze gebrachte, mit ihm zusammenstimmende, durchgängig wechselseitige und gleiche Zwang, der die Darstellung jenes Begriffs möglich macht. Dieweil aber diesem dynamischen Begriffe noch ein bloß formaler in der reinen Mathematik (z. B. der Geometrie) zum Grunde liegt: so hat die Vernunft dafür gesorgt,
30 den Verstand auch mit Anschauungen *a priori*, zum Behuf der Konstruktion des Rechtsbegriffs, soviel als möglich zu versorgen. – Das Rechte (*rectum*) wird, als das Gerade, teils dem Krummen, teils dem Schiefen entgegen gesetzt. Das erste ist die innere Beschaffenheit einer Linie
35

32 soviel als möglich] soviel möglich



von der Art, daß es zwischen zweien gegebenen Punkten
 nur eine einzige, das zweite aber die Lage zweier einan-
 der durchschneidenden oder zusammenstoßenden Li-
 nien, von deren Art es auch nur eine einzige (die senk-
 rechte) geben kann, die sich nicht mehr nach einer Seite,
 als der anderen hinneigt, und die den Raum von beiden Seiten
 gleich abteilt, nach welcher Analogie auch die Rechtslehre
 das Seine einem jeden (mit mathematischer Genauigkeit)
 bestimmt wissen will, welches in der Tugendlehre nicht
 erwartet werden darf, als welche einen gewissen Raum zu
 Ausnahmen (*latitudinem*) nicht verweigern kann. – Aber,
 ohne ins Gebiet der Ethik einzugreifen, gibt es zwei Fälle,
 die auf Rechtsentscheidung Anspruch machen, für die aber
 keiner, der sie entscheide, ausgefunden werden kann, und
 die gleichsam in Epikurs *intermundia* hingehören. –
 Diese müssen wir zuvörderst aus der eigentlichen Rechts-
 lehre, zu der wir bald schreiten wollen, aussondern, damit
 ihre schwankenden Prinzipien nicht auf die festen Grund-
 sätze der ersteren Einfluß bekommen.

Anhang zur Einleitung in die Rechtslehre

Vom zweideutigen Recht (*Ius aequivocum*)

[234] Mit jedem Recht in enger Bedeutung (*iūs strictum*) ist die Be-
 fugnis zu zwingen verbunden. Aber man denkt sich noch ein
 Recht im weiteren Sinne (*iūs latum*), wo die Befugnis zu zwin-
 gen durch kein Gesetz bestimmt werden kann. – Dieser, wahren
 oder vorgeblichen, Rechte sind nun zwei: die Billigkeit und
 das Notrecht; von denen die erste ein Recht ohne Zwang, das
 zweite einen Zwang ohne Recht annimmt, und man wird leicht
 gewahr, diese Doppelsinnigkeit beruhe eigentlich darauf, daß es
 Fälle eines bezweiferten Rechts gibt, zu deren Entscheidung kein
 Richter aufgestellt werden kann.

I. Die Billigkeit (*Aequitas*)

Die Billigkeit (objektiv betrachtet) ist keineswegs ein
 Grund zur Aufforderung bloß an die ethische Pflicht Anderer
 (ihr Wohlwollen und Gütigkeit), sondern der, welcher aus diesem
 Grunde etwas fordert, fußt sich auf sein Recht, nur daß ihm die
 für den Richter erforderlichen Bedingungen mangeln, nach wel-
 chen dieser bestimmen könnte, wie viel, oder auf welche Art dem
 Anspruche desselben genug getan werden könne. Der in einer auf
 gleiche Vorteile eingegangenen Maskopei dennoch mehr getan,
 dabei aber wohl gar durch Unglücksfälle mehr verloren hat, als
 die übrigen Glieder, kann nach der Billigkeit von der Gesell-
 schaft mehr fordern, als bloß zu gleichen Teilen mit ihnen zu
 gehen. Allein nach dem eigentlichen (strikten) Recht, weil, wenn
 man sich in seinem Fall einen Richter denkt, dieser keine be-
 stimmten Angaben (*data*) hat, um, wieviel nach dem Kontrakt
 ihm zukomme, auszumachen, würde er mit seiner Forderung ab-
 zuweisen sein. Der Hausdiener, dem sein bis Ende des Jahres lau-
 fender Lohn in einer binnen der Zeit verschlechterten Münzsorte
 bezahlt wird, womit er das nicht ausrichten kann, was er bei
 Schließung des Kontrakts sich dafür anschaffen konnte, kann bei
 gleichem Zahlwert, aber ungleichem Geldwert sich nicht auf sein
 Recht berufen, deshalb schadlos gehalten zu werden, sondern
 nur die Billigkeit zum Grunde aufrufen (eine stumme Gottheit,
 die nicht gehört werden kann); weil nichts hierüber im Kontrakt
 bestimmt war, ein Richter aber nach unbestimmten Bedingungen
 nicht sprechen kann.

Hieraus folgt auch, daß ein Gerichtshof der Billigkeit (in
 einem Streit Anderer über ihre Rechte) einen Widerspruch in sich
 schließe. Nur da, wo es die eigenen Rechte des Richters betrifft,
 und in dem, worüber er für seine Person disponieren kann, darf
 und soll er der Billigkeit Gehör geben; z. B. wenn die Krone den
 Schaden, den Andere in ihrem Dienste erlitten haben, und den sie
 zu vergüten angefleht wird, selber trägt, ob sie gleich, nach dem
 strengen Rechte, diesen Anspruch, unter der Vorschützung, daß

23 aufrufen] ? anrufen? So die 2. Auflage 34 Anspruch] Ausspruch

sie solche auf ihre eigene Gefahr übernommen haben, abweisen könnte.

Der Sinnspruch (*dictum*) der Billigkeit ist nun zwar: »das strengste Recht ist das größte Unrecht« (*summum ius summa iniuria*); aber diesem Übel ist auf dem Wege Rechts nicht abzuhelpfen, ob es gleich eine Rechtsforderung betrifft, weil diese vor das Gewissensgericht (*forum poli*) allein gehört, dagegen jede Frage Rechts vor das bürgerliche Recht (*forum soli*) gezogen werden muß.

II. Das Notrecht (*Ius necessitatis*)

Dieses vermeinte Recht soll Befugnis sein, im Fall der Gefahr des Verlustes meines eigenen Lebens, einem Anderen, der mir nichts zuleide tat, das Leben zu nehmen. Es fällt in die Augen, daß hierin ein Widerspruch der Rechtslehre mit sich selbst enthalten sein müsse – denn es ist hier nicht von einem ungerechten Angreifer auf mein Leben, dem ich durch Beraubung des seinen zuvorkomme (*ius inculpatæ tutelæ*), die Rede, wo die Anempfehlung der Mäßigung (*moderamen*) nicht einmal zum Recht, sondern nur zur Ethik gehört, sondern von einer erlaubten Gewalttätigkeit gegen den, der keine gegen mich ausübte.

Es ist klar: daß diese Behauptung nicht objektiv, nach dem, was ein Gesetz vorschreiben, sondern bloß subjektiv, wie vor Gericht die Sentenz gefällt werden würde, zu verstehen sei. Es kann nämlich kein Strafgesetz geben, welches demjenigen den Tod zuerkannte, der im Schiffbruche mit einem Anderen in gleicher Lebensgefahr schwebend, diesen von dem Brette, worauf er sich gerettet hat, wegstieße, um sich selbst zu retten. Denn die durchs Gesetz angedrohte Strafe könnte doch nicht größer sein als die des Verlustes des Lebens des ersteren. Nun kann ein solches Strafgesetz die beabsichtigte Wirkung gar nicht haben; denn die Bedrohung mit einem Übel, was noch ungewiß ist (dem Tode durch den richterlichen Ausspruch), kann die Furcht vor dem

9 soli] poli

- 1 Übel, was gewiß ist (nämlich dem Ersaufen), nicht überwiegen. Also ist die Tat der gewalttätigen Selbsterhaltung nicht etwa als unsträflich (*inculpabile*), sondern nur als unstrafbar (*im-
unibile*) zu beurteilen, und diese subjektive Strafflosigkeit
- 5 wird, durch eine wunderliche Verwechslung, von den Rechtslehrern für eine objektive (Gesetzmäßigkeit) gehalten.

Der Sinnspruch des Notrechts heißt: »Not hat kein Gebot« (*necessitas non habet legem*), und gleichwohl kann es keine Not geben, welche, was unrecht ist, gesetzmäßig machte.

10

- Man sieht: daß in beiden Rechtsbeurteilungen (nach dem Billigkeits- und dem Notrechte) die Doppelsinnigkeit (*aequivocatio*) aus der Verwechslung der objektiven mit den subjektiven Gründen der Rechtsausübung (vor der Vernunft und vor einem
- 15 Gericht) entspringt, da dann, was jemand für sich selbst mit gutem Grunde für Recht erkennt, vor einem Gerichtshofe nicht Bestätigung finden, und, was er selbst an sich als unrecht beurteilen muß, von ebendemselben Nachsicht erlangen kann; weil der Begriff des Rechts in diesen zwei Fällen nicht in einerlei Bedeutung
- 20 ist genommen worden.

Einteilung der Rechtslehre

A. Allgemeine Einteilung der Rechtspflichten

- Man kann diese Einteilung sehr wohl nach dem Ulpian machen, wenn man seinen Formeln einen Sinn unterlegt, den er sich dabei zwar nicht deutlich gedacht haben mag, den sie aber doch verstaten daraus zu entwickeln, oder hinein zu legen. Sie sind folgende:
- 25

1. Sei ein rechtlicher Mensch (*honeste vive*). Die rechtliche Ehrbarkeit (*honestas iuridica*) besteht darin: im Verhältnis zu Anderen seinen Wert als den eines Menschen zu behaupten, welche Pflicht durch den Satz ausgedrückt wird: »Mache dich anderen nicht zum bloßen Mittel, sondern sei für sie zugleich Zweck.« Diese Pflicht wird im folgenden als Verbind-
- 30

- lichkeit aus dem Rechte der Menschheit in unserer eigenen Person erklärt werden (*Lex iusti*).
 2. Tue niemandem Unrecht (*neminem laede*), und solltest du darüber auch aus aller Verbindung mit anderen herausgehen und alle Gesellschaft meiden müssen (*Lex iuridica*).
 237] 3. Tritt (wenn du das letztere nicht vermeiden kannst) in eine Gesellschaft mit Anderen, in welcher Jedem das Seine erhalten werden kann (*suum cuique tribue*). – Die letztere Formel, wenn sie so übersetzt würde: »Gib jedem das Seine«, würde eine Ungereimtheit sagen; den man kann niemandem etwas geben, was er schon hat. Wenn sie also einen Sinn haben soll, so müßte sie so lauten: »Tritt in einen Zustand, worin jedermann das Seine gegen jeden anderen gesichert sein kann« (*Lex iustitiae*).

Also sind obenstehende drei klassische Formeln zugleich Einteilungsprinzipien des Systems der Rechtspflichten in innere, äußere und in diejenigen, welche die Ableitung der letzteren vom Prinzip der ersteren durch Subsumtion enthalten.

B. Allgemeine Einteilung der Rechte

1. Der Rechte, als systematischer Lehren, in das Naturrecht, das auf lauter Prinzipien *a priori* beruht, und das positive (statutarische) Recht, was aus dem Willen eines Gesetzgebers hervorgeht.
 2. Der Rechte, als (moralischer) Vermögen Andere zu verpflichten, d. i. als einen gesetzlichen Grund zu den letzteren (*titulum*), von denen die Obereinteilung die in das angeborene und erworbene Recht ist, deren ersteres dasjenige Recht ist, welches, unabhängig von allem rechtlichen Akt, jedermann von Natur zukommt; das zweite das, wozu ein solcher Akt erfordert wird.

Das angeborene Mein und Dein kann auch das innere (*meum vel tuum internum*) genannt werden; denn das äußere muß jederzeit erworben werden.

1 Das angeborene Recht ist nur ein einziges

FREIHEIT (Unabhängigkeit von eines Anderen nötiger Willkür), sofern sie mit jedes Anderen Freiheit nach einem allgemeinen Gesetz zusammen bestehen kann, ist dieses einzige, ursprüngliche, jedem Menschen, kraft seiner Menschheit, zustehende Recht. – Die angeborene Gleichheit, d. i. die Unabhängigkeit, nicht zu mehrerem von Anderen verbunden zu werden, als wozu man sie wechselseitig auch verbinden kann; mithin die Qualität des Menschen sein eigener Herr (*sui iuris*) zu sein, imgleichen die eines unbescholtenen Menschen (*iusti*), weil er, vor allem rechtlichen Akt, keinem Unrecht getan hat; endlich auch die Befugnis, das gegen andere zu tun, was an sich ihnen das Ihre nicht schmälert, wenn sie sich dessen nur nicht annehmen wollen; dergleichen ist: ihnen bloß seine Gedanken mitzuteilen, ihnen etwas zu erzählen oder zu versprechen, es sei wahr und aufrichtig, oder unwahr und unaufrichtig (*veriloquium aut falsiloquium*), weil es bloß auf Ihnen beruht, ob sie ihm glauben wollen oder nicht*. – Alle diese Befugnisse liegen schon im Prinzip der angeborenen Freiheit und sind wirklich von ihr nicht (als Glieder der Einteilung unter einem höheren Rechtsbegriff) unterschieden. [238]

* Vorsätzlich, wenngleich bloß leichtsinnigerweise, Unwahrheit zu sagen, pflegt zwar gewöhnlich Lüge (*mendacium*) genannt zu werden, weil sie wenigstens sofern auch schaden kann, daß der, welcher sie treuherzig nachsagt, als ein Leichtgläubiger anderen zum Gespötte wird. Im rechtlichen Sinne aber will man, daß nur diejenige Unwahrheit Lüge genannt werde, die einem anderen unmittelbar an seinem Rechte Abbruch tut, z. B. das falsche Vorgeben eines mit jemandem geschlossenen Vertrags, um ihn um das Seine zu bringen (*falsiloquium dolosum*), und dieser Unterschied sehr verwandter Begriffe ist nicht ungegründet; weil es bei der bloßen Erklärung seiner Gedanken immer dem anderen frei bleibt, sie anzunehmen wofür er will, obgleich die gegründete Nachrede, daß dieser ein Mensch sei, dessen Reden man nicht glauben kann, so nahe an den Vorwurf, ihn einen Lügner zu nennen, streift, daß hier das, was zum *Ius* gehört, von dem, was der Ethik anheimfällt, nur so eben zu unterscheiden ist.

33 daß hier] daß die Grenzlinie, die hier

Die Absicht, weswegen man eine solche Einteilung in das System des Naturrechts (sofern es das angeborene angeht) eingeführt hat, geht darauf hinaus, damit, wenn über ein erworbenes Recht ein Streit entsteht und die Frage eintritt, wem die Beweisführung (*onus probandi*) obliege, entweder von einer bezweifelten Tat, oder, wenn diese ausgemittelt ist, von einem bezweifelten Recht, derjenige, welcher diese Verbindlichkeit von sich ablehnt, sich auf sein angeborenes Recht der Freiheit (welches nun nach seinen verschiedenen Verhältnissen spezifiziert wird) methodisch und gleich als nach verschiedenen Rechtstiteln berufen könne.

Da es nun in Ansehung des angeborenen, mithin inneren Mein und Dein keine Rechte, sondern nur Ein Recht gibt, so wird diese Obereinteilung, als aus zwei dem Inhalte nach äußerst ungleichen Gliedern bestehend, in die Prolegomenen geworfen, und die Einteilung der Rechtslehre bloß auf das äußere Mein und Dein bezogen werden können.

Tafel der Einteilung der Rechtslehre

ERSTER TEIL

Das Privatrecht in Ansehung äußerer Gegenstände.
(Inbegriff derjenigen Gesetze, die keiner äußeren
Bekanntmachung bedürfen)

Erstes Hauptstück

Von der Art etwas Äußeres als das Seine zu haben

Zweites Hauptstück

Von der Art etwas Äußeres zu erwerben

Einteilung der äußeren Erwerbung

Erster Abschnitt. Vom Sachenrecht

Zweiter Abschnitt. Vom persönlichen Recht

Dritter Abschnitt. Von dem auf dingliche Art
persönlichen Recht

Episodischer Abschnitt. Von der idealen Erwerbung

Drittes Hauptstück

Von der subjektiv-bedingten Erwerbung vor
einer Gerichtsbarkeit

ZWEITER TEIL

Das öffentliche Recht (Inbegriff der Gesetze, die einer
öffentlichen Bekanntmachung bedürfen)

Erster Abschnitt. Das Staatsrecht

Zweiter Abschnitt. Das Völkerrecht

Dritter Abschnitt. Das Weltbürgerrecht

Die oberste Einteilung des Naturrechts kann nicht (wie bisweilen geschieht) die in das natürliche und gesellschaftliche, sondern muß die ins natürliche und bürgerliche Recht sein: deren das erstere das Privatrecht, das zweite das öffentliche Recht genannt wird. Denn dem Naturzustande ist nicht der gesellschaftliche, sondern der bürgerliche entgegengesetzt; weil es in jenem zwar gar wohl Gesellschaft geben kann, aber nur keine bürgerliche (durch öffentliche Gesetze das Mein und Dein sichernde), daher das Recht in dem ersteren das Privatrecht heißt.

DER RECHTSLEHRE ERSTER TEIL

DAS PRIVATRECHT

vom äußeren Mein und Dein überhaupt

Von der Art etwas Äußeres als das Seine zu haben

§ 1

Das Rechtlich-Meine (*meum iuris*) ist dasjenige, womit
5 ich so verbunden bin, daß der Gebrauch, den ein Anderer ohne
meine Einwilligung von ihm machen möchte, mich lädieren
würde. Die subjektive Bedingung der Möglichkeit des Ge-
brauchs überhaupt ist der Besitz.

10 Etwas Äußeres aber würde nur dann das Meine sein, wenn
ich annehmen darf, es sei möglich, daß ich durch den Gebrauch,
den ein Anderer von einer Sache macht, in deren Besitz ich
doch nicht bin, gleichwohl doch lädiert werden könne. – Also
widerspricht es sich selbst, etwas Äußeres als das Seine zu haben,
wenn der Begriff des Besitzes nicht einer verschiedenen Bedeu-
15 tung, nämlich des sinnlichen und des intelligibelen Besit-
zes, fähig wäre, und unter dem einen der physische, unter dem
anderen ein bloß-rechtlicher Besitz ebendesselben Gegen-
standes verstanden werden könnte.

Der Ausdruck: ein Gegenstand ist außer mir, kann aber ent-
20 weder so viel bedeuten, als: er ist ein nur von mir (dem Subjekt)
unterschiedener, oder auch ein in einer anderen Stelle (*po-
situs*), im Raum oder in der Zeit, befindlicher Gegenstand. Nur
in der ersteren Bedeutung genommen, kann der Besitz als Ver-
nunftbesitz gedacht werden; in der zweiten aber würde er ein em-
25 pirischer heißen müssen. – Ein intelligibeler Besitz (wenn ein
solcher möglich ist) ist ein Besitz ohne Inhabung (*detentio*). [246]

<§ 2>

<§ 3>

§ 4

Exposition des Begriffs vom äußeren Mein und Dein

Der äußeren Gegenstände meiner Willkür können nur drei sein: 1. eine (körperliche) Sache außer mir; 2. die Willkür eines anderen zu einer bestimmten Tat (*praestatio*); 3. der Zustand eines Anderen in Verhältnis auf mich; nach den Kategorien der Substanz, Kausalität und Gemeinschaft zwischen mir und äußeren Gegenständen nach Freiheitsgesetzen.

a) Ich kann einen Gegenstand im Raume (eine körperliche Sache) nicht mein nennen, außer wenn, obgleich ich nicht im physischen Besitz desselben bin, ich dennoch in einem anderen wirklichen (also nicht physischen) Besitz desselben zu sein behaupten darf. – So werde ich einen Apfel nicht darum mein nennen, weil ich ihn in meiner Hand habe (physisch besitze), sondern nur, wenn ich sagen kann: ich besitze ihn, ob ich ihn gleich aus meiner Hand, wohin es auch sei, gelegt habe; imgleichen werde ich von dem Boden, auf den ich mich gelagert habe, nicht sagen können, er sei darum mein; sondern nur, wenn ich behaupten darf, er sei immer noch in meinem Besitz, ob ich gleich diesen Platz verlassen habe. Denn der, welcher mir im ersteren Falle (des empirischen Besitzes) den Apfel aus der Hand winden, oder mich von meiner Lagerstätte wegschleppen wollte, würde mich zwar freilich in Ansehung des inneren Meinen (der Freiheit), aber nicht des äußeren Meinen lädieren, wenn ich nicht, auch ohne Inhabung, mich im Besitz des Gegenstandes zu sein behaupten könnte; ich könnte also diese Gegenstände (den Apfel und das Lager) auch nicht mein nennen.

b) Ich kann die Leistung von etwas durch die Willkür des Anderen nicht mein nennen, wenn ich bloß sagen kann, sie sei mit seinem Versprechen zugleich (*pactum re initum*) in meinen Besitz gekommen, sondern nur, wenn ich behaupten darf, ich bin im Besitz der Willkür des Anderen (diesen zur Leistung zu bestimmen), obgleich die Zeit der Leistung noch

31 seinem] meinem

erst kommen soll; das Versprechen des letzteren gehört demnach zur Habe und Gut (*obligatio activa*), und ich kann sie zu dem Meinen rechnen, aber nicht bloß, wenn ich das Versprochene (wie im ersten Falle) schon in meinem Besitz habe, sondern auch, ob ich dieses gleich noch nicht besitze. Also muß ich mich, als von dem auf Zeitbedingung eingeschränkten, mithin vom empirischen Besitze unabhängig, doch im Besitz dieses Gegenstandes zu sein denken können.

c) Ich kann ein Weib, ein Kind, ein Gesinde und überhaupt eine andere Person nicht darum das Meine nennen, weil ich sie jetzt als zu meinem Hauswesen gehörig, befehlige, oder im Zwinger und in meiner Gewalt und Besitz habe, sondern wenn ich, ob sie sich gleich dem Zwange entzogen haben, und ich sie also nicht (empirisch) besitze, dennoch sagen kann, ich besitze sie durch meinen bloßen Willen, solange sie irgendwo oder irgendwann existieren, mithin bloß-rechtlich; sie gehören also zu meiner Habe nur alsdann, wenn und sofern ich das letztere behaupten kann.

§ 5

Definition des Begriffs des äußeren Mein und Dein

Die Namenerklärung, d. i. diejenige, welche bloß zur Unterscheidung des Objekts von allen anderen zureicht, würde sein: Das äußere Meine ist dasjenige außer mir, an dessen beliebigen Gebrauch mich zu hindern, Läsion (Abbruch an meiner Freiheit, die mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetze zusammen bestehen kann) sein würde. – Die Sacherklärung dieses Begriffs aber, d. i. die, welche auch zur Deduktion desselben (der Erkenntnis der Möglichkeit des Gegenstandes) zureicht und aus einer vollständigen und bestimmten Exposition des Begriffs hervorgeht, lautet nun so: Das

24–26 Abbruch ... kann] Unrecht. Korrektur gemäß 2. Auflage 29–30 »und ... hervorgeht« stand hinter dem ersten »zureicht« dieses Paragraphen. Siehe auch »Anmerkungen des Herausgebers«

äußere Meine ist dasjenige, in dessen Gebrauch mich zu stören 1
Läsion sein würde, ob ich gleich nicht im Besitz dessel-
ben (nicht Inhaber des Gegenstandes) bin. – In irgend einem
Besitz des äußeren Gegenstandes muß ich sein, wenn der Gegen-
stand mein heißen soll; denn sonst würde der, welcher diesen 5
Gegenstand wider meinen Willen affizierte, mich nicht zugleich
affizieren, mithin auch nicht lädieren. Also muß, zu Folge des
§ 4, ein intelligibeler Besitz (*possessio noumenon*) als möglich
vorausgesetzt werden, wenn es ein äußeres Mein oder Dein geben
soll; der empirische Besitz (Inhabung) ist alsdann nur Besitz in 10
der Erscheinung (*possessio phaenomenon*), obgleich der Ge-
genstand, den ich besitze, hier nicht so, wie es in der transzen-
dentalen Analytik geschieht, selbst als Erscheinung, sondern als
Sache an sich selbst betrachtet wird; denn dort war es der Vernunft
um das theoretische Erkenntnis der Natur der Dinge, und 15
wie weit sie reichen könne, hier aber ist es ihr um praktische Be-
stimmung der Willkür nach Gesetzen der Freiheit zu tun, der
Gegenstand mag nun durch Sinne, oder auch bloß den reinen Ver-
stand erkennbar sein, und das Recht ist ein solcher reiner prak-
tischer Vernunftbegriff der Willkür unter Freiheitsgesetzen. 20

Eben darum sollte man auch billig nicht sagen: ein Recht auf
diesen oder jenen Gegenstand, sondern vielmehr ihn bloß-
rechtlich besitzen; denn das Recht ist schon ein intellektueller
Besitz eines Gegenstandes, einen Besitz aber zu besitzen, würde
ein Ausdruck ohne Sinn sein. 25

§ 6

Deduktion des Begriffs des bloß-rechtlichen Besitzes
eines äußeren Gegenstandes (*possessio noumenon*)

Die Frage: Wie ist ein äußeres Mein und Dein möglich?
löst sich nun in diejenige auf: Wie ist ein bloß-rechtlicher (in- 30
telligibeler) Besitz möglich? und diese wiederum in die dritte:
Wie ist ein synthetischer Rechtssatz *a priori* möglich?

Alle Rechtssätze sind Sätze *a priori*, denn sie sind Vernunftge-
setze (*dictamina rationis*). Der Rechtssatz *a priori* in Ansehung

1 des empirischen Besitzes ist analytisch; denn er sagt [250]
nichts mehr, als was nach dem Satze des Widerspruchs aus dem
letzteren folgt, daß nämlich, wenn ich Inhaber einer Sache (mit
ihr also physisch verbunden) bin, derjenige, der sie wider meine
5 Einwilligung affiziert (z. B. mir den Apfel aus der Hand reißt),
das innere Meine (meine Freiheit) affiziere und schmälere, mithin
in seiner Maxime mit dem Axiom des Rechts im geraden Wider-
spruch stehe. Der Satz von einem empirischen rechtmäßigen Be-
sitz geht also nicht über das Recht einer Person in Ansehung ihrer
10 selbst hinaus.

Dagegen geht der Satz von der Möglichkeit des Besitzes einer
Sache außer mir, nach Absonderung aller Bedingungen des em-
pirischen Besitzes im Raum und Zeit (mithin die Voraussetzung
der Möglichkeit einer *possessio noumenon*) über jene einschrän-
15 kenden Bedingungen hinaus, und, weil er einen Besitz auch ohne
Inhabung als notwendig zum Begriffe des äußeren Mein und
Dein statuiert, so ist er synthetisch und nun kann es zur Auf-
gabe für die Vernunft dienen, zu zeigen, wie ein solcher sich über
den Begriff des empirischen Besitzes erweiternde Satz *a priori*
20 möglich sei.

Rechtliches Postulat der praktischen Vernunft: Es ist möglich, 202
eine jeden äußeren Gegenstand meiner Willkür als das Meine zu [246]
haben; d. i.: eine Maxime, nach welcher, wenn sie Gesetz würde, 53
ein Gegenstand der Willkür an sich (objektiv) herrenlos (*res*
25 *nullius*) werden müßte, ist rechtswidrig.

Denn ein Gegenstand meiner Willkür ist etwas, was zu gebrau-
chen ich physisch in meiner Macht habe. Sollte es nun doch
rechtlich schlechterdings nicht in meiner Macht stehen, d. i.
mit der Freiheit von jedermann nach einem allgemeinen Gesetz
30 nicht zusammen bestehen können (unrecht sein), Gebrauch von
demselben zu machen; so würde die Freiheit sich selbst des Ge-
brauchs ihrer Willkür in Ansehung eines Gegenstandes derselben
berauben, dadurch, daß sie brauchbare Gegenstände außer
aller Möglichkeit des Gebrauchs setzte: d. i. diese in prakti-
35 scher Rücksicht vernichtete, und zur *res nullius* machte; obgleich
die Willkür, formaliter, im Gebrauch der Sachen mit jedermanns
äußeren Freiheit nach allgemeinen Gesetzen zusammenstimm-

te. – Da nun die reine praktische Vernunft keine anderen als formale Gesetze des Gebrauchs der Willkür zum Grunde legt, und also von der Materie der Willkür, d. i. der übrigen Beschaffenheit des Objekts, wenn es nur ein Gegenstand der Willkür ist, abstrahiert, so kann sie in Ansehung eines solchen Gegenstandes kein absolutes Verbot seines Gebrauchs enthalten, weil dieses ein Widerspruch der äußeren Freiheit mit sich selbst sein würde. – Ein Gegenstand meiner Willkür aber ist das, wovon beliebigen Gebrauch zu machen ich das physische Vermögen habe, dessen Gebrauch in meiner Macht (*potentia*) steht; wovon noch unterschieden werden muß, denselben Gegenstand in meiner Gewalt (*in potestatem meam redactum*) zu haben, welches nicht bloß ein Vermögen, sondern auch einen Akt der Willkür voraussetzt. Um aber etwas bloß als Gegenstand meiner Willkür zu denken, ist hinreichend, mir bewußt zu sein, daß ich ihn in meiner Macht habe. – Also ist es eine Voraussetzung *a priori* der praktischen Vernunft, einen jeden Gegenstand meiner Willkür als objektiv-mögliches Mein oder Dein anzusehen und zu behandeln.

[247] Man kann dieses Postulat ein Erlaubnisgesetz (*lex permissiva*) der praktischen Vernunft nennen, was uns die Befugnis gibt, die wir aus bloßen Begriffen vom Rechte überhaupt nicht herausbringen könnten; nämlich allen anderen eine Verbindlichkeit aufzulegen, die sie sonst nicht hätten, sich des Gebrauchs gewisser Gegenstände unserer Willkür zu enthalten, weil wir zuerst sie in unseren Besitz genommen haben. Die Vernunft will, daß dieses als Grundsatz gelte, und das zwar als praktische Vernunft, die sich durch dieses ihr Postulat *a priori* erweitert. In einem theoretischen Grundsatz *a priori* müßte nämlich (zu Folge der Krit. d. r. V.) dem gegebenen Begriff eine Anschauung *a priori* untergelegt, mithin etwas zu dem Begriffe vom Besitz des Gegenstandes hinzugetan werden; allein in diesem praktischen wird umgekehrt verfahren, und alle Bedingungen der Anschauung, welche den empirischen Besitz begründen, müssen weggeschafft (von ihnen abgesehen) werden, um den Begriff des Besitzes über den empirischen hinaus zu erweitern und sagen zu

27 In einem] Einem. Korrektur gem. 2. Auflage

1 können: ein jeder äußere Gegenstand der Willkür kann zu dem rechtlich-Meinen gezählt werden, den ich (und auch nur sofern ich ihn) in meiner Gewalt habe, ohne im Besitz desselben zu sein.

Die Möglichkeit eines solchen Besitzes, mithin die Deduktion des Begriffs eines nicht-empirischen Besitzes, gründet sich auf dem rechtlichen Postulat der praktischen Vernunft: »daß es Rechtspflicht sei, gegen Andere so zu handeln, daß das Äußere (Brauchbare) auch das Seine von irgend jemandem werden könne«, zugleich mit der Exposition des letzteren Begriffs, welcher das äußere Seine nur auf einen nicht-physischen Besitz gründet, verbunden. Die Möglichkeit des letzteren aber kann keineswegs für sich selbst bewiesen, oder eingesehen werden (eben weil es ein Vernunftbegriff ist, dem keine Anschauung korrespondierend gegeben werden kann), sondern ist eine unmittelbare Folge aus dem gedachten Postulat. Denn, wenn es notwendig ist, nach jenem Rechtsgrundsatz zu handeln, so muß auch die intelligibele Bedingung (eines bloß rechtlichen Besitzes) möglich sein. – Es darf auch niemand befremden, daß die theoretischen Prinzipien des äußeren Mein und Dein sich im Intelligibelen verlieren und kein erweitertes Erkenntnis vorstellen; weil der Begriff der Freiheit, auf dem sie beruhen, keiner theoretischen Deduktion seiner Möglichkeit fähig ist, und nur aus dem praktischen Gesetze der Vernunft (dem kategorischen Imperativ), als einem Faktum derselben, geschlossen werden kann.

25

§ 7

Anwendung des Prinzips der Möglichkeit des äußeren Mein und Dein auf Gegenstände der Erfahrung

Der Begriff eines bloß-rechtlichen Besitzes ist kein empirischer (von Raum- und Zeitbedingungen abhängiger) Begriff, und gleichwohl hat er praktische Realität, d. i. er muß auf Gegenstände der Erfahrung, deren Erkenntnis von jenen Bedingungen abhängig ist, anwendbar sein. – Das Verfahren mit dem Rechtsbe-

29 Raum-] Raum

griffe in Ansehung der letzteren, als des möglichen äußeren Mein und Dein, ist folgendes: Der Rechtsbegriff, der bloß in der Vernunft liegt, kann nicht unmittelbar auf Erfahrungsobjekte, und auf den Begriff eines empirischen Besitzes, sondern muß zunächst auf den reinen Verstandesbegriff eines Besitzes überhaupt angewandt werden, so daß, statt der Inhabung (*detentio*), als einer empirischen Vorstellung des Besitzes, der von allen Raumes- und Zeitbedingungen abstrahierende Begriff des Habens und nur, daß der Gegenstand in meiner Gewalt (*in potestate mea positum esse*) sei, gedacht werde; da dann der Ausdruck des Äußeren nicht das Dasein in einem anderen Orte, als wo ich bin, oder meiner Willensentschließung und Annahme als in einer anderen Zeit, wie der des Angebots, sondern nur einen von mir unterschiedenen Gegenstand bedeutet. Nun will die praktische Vernunft durch ihr Rechtsgesetz, daß ich, wie das Mein und Dein in der Anwendung auf Gegenstände nicht nach sinnlichen Bedingungen, sondern abgesehen von denselben, weil es eine Bestimmung der Willkür nach Freiheitsgesetzen betrifft, auch den Besitz desselben denke, indem nur ein Verstandesbegriff unter Rechtsbegriffe subsumiert werden kann. Also werde ich sagen: ich besitze einen Acker, ob er zwar ein ganz anderer Platz ist, als worauf ich mich wirklich befinde. Denn die Rede ist hier nur von einem intellektuellen Verhältnis zum Gegenstande, sofern ich ihn in meiner Gewalt habe (ein von Raumesbestimmungen unabhängiger Verstandesbegriff des Besitzes), und er ist mein, weil mein, zu desselben beliebigem Gebrauch sich bestimmender, Wille dem Gesetze der äußeren Freiheit nicht widerstreitet. Gerade darin, daß, abgesehen vom Besitz in der Erscheinung (der Inhabung) dieses Gegenstandes meiner Willkür, die praktische Vernunft den Besitz nach Verstandesbegriffen, nicht nach empirischen, sondern solchen, die *a priori* die Bedingungen desselben enthalten können, gedacht wissen will, liegt der Grund der Gültigkeit eines solchen Begriffs vom Besitze (*possessio noumenon*) als einer allgemeingeltenden Gesetzgebung; denn eine solche ist in dem Ausdrucke enthal-

9 Gegenstand in] Gegenstand als in 15 ich, wie das] ich das

ten: »dieser äußere Gegenstand ist mein«; weil allen anderen dadurch eine Verbindlichkeit auferlegt wird, die sie sonst nicht hätten, sich des Gebrauchs desselben zu enthalten.

Die Art also, etwas außer mir als das Meine zu haben, ist die bloß-rechtliche Verbindung des Willens des Subjekts mit jenem Gegenstande, unabhängig von dem Verhältnisse zu demselben im Raum und in der Zeit, nach dem Begriff eines intelligibelen Besitzes. – Ein Platz auf der Erde ist nicht darum ein äußeres Meine, weil ich ihn mit meinem Leibe einnehme (denn es betrifft hier nur meine äußere Freiheit, mithin nur den Besitz meiner selbst, kein Ding außer mir, und ist also nur ein inneres Recht); sondern, wenn ich ihn noch besitze, ob ich mich gleich von ihm weg und an einen anderen Ort begeben habe, nur alsdann betrifft es mein äußeres Recht, und derjenige, der die fortwährende Besetzung dieses Platzes durch meine Person zur Bedingung machen wollte, ihn als das Meine zu haben, muß entweder behaupten, es sei gar nicht möglich, etwas Äußeres als das Seine zu haben (welches dem Postulat § 6 widerstreitet), oder er verlangt, daß, um dieses zu können, ich in zwei Orten zugleich sei; welches dann aber soviel sagt, als: ich solle an einem Orte sein und auch nicht sein, wodurch er sich selbst widerspricht.

Dieses kann auch auf den Fall angewendet werden, da ich ein Versprechen akzeptiert habe; denn da wird meine Habe und Besitz an dem Versprochenen dadurch nicht aufgehoben, daß der Versprechende zu einer Zeit sagte: diese Sache soll Dein sein, eine Zeit hernach aber von ebenderselben Sache sagt: ich will jetzt, die Sache solle nicht Dein sein. Denn es hat mit solchen intellektuellen Verhältnissen die Bewandnis, als ob jener ohne eine Zeit zwischen beiden Deklarationen seines Willens gesagt hätte: sie soll Dein sein, und auch: sie soll nicht Dein sein, was sich dann selbst widerspricht.

Ebendasselbe gilt auch von dem Begriffe des rechtlichen Besitzes einer Person, als zu der Habe des Subjekts gehörend (sein Weib, Kind, Knecht): daß nämlich diese häusliche Gemeinschaft und der wechselseitige Besitz des Zustandes aller Glieder dersel-

ben, durch die Befugnis, sich örtlich voneinander zu trennen, nicht aufgehoben wird; weil es ein rechtliches Verhältnis ist, was sie verknüpft, und das äußere Mein und Dein hier, ebenso wie in vorigen Fällen, gänzlich auf der Voraussetzung der Möglichkeit eines reinen Vernunftbesitzes ohne Inhabung beruht.

Zur Kritik der rechtlich-praktischen Vernunft im Begriffe des äußeren Mein und Dein, wird diese eigentlich durch eine Antinomie der Sätze über die Möglichkeit eines solchen Besitzes genötigt; d. i. nur durch eine unvermeidliche Dialektik, in welcher Thesis und Antithesis beide auf die Gültigkeit zweier einander widerstreitenden Bedingungen gleichen Anspruch machen, wird die Vernunft auch in ihrem praktischen (das Recht betreffenden) Gebrauch genötigt, zwischen dem Besitz als Erscheinung und dem bloß durch den Verstand denkbaren einen Unterschied zu machen.

Der Satz heißt: Es ist möglich, etwas Äußeres als das Meine zu haben; ob ich gleich nicht im Besitz desselben bin.

Der Gegensatz: Es ist nicht möglich, etwas Äußeres als das Meine zu haben; wenn ich nicht im Besitz desselben bin.

Auflösung: Beide Sätze sind wahr: der erstere, wenn ich dem empirischen Besitz (*possessio phaenomenon*), der andere, wenn ich unter diesem Worte den reinen intelligibelen Besitz (*possessio noumenon*) verstehe. – Aber die Möglichkeit eines intelligibelen Besitzes, mithin auch des äußeren Mein und Dein läßt sich nicht einsehen, sondern muß aus dem Postulat der praktischen Vernunft gefolgert werden, wobei es noch besonders merkwürdig ist: daß diese, ohne Anschauungen, selbst ohne einer *a priori* zu bedürfen, sich durch bloße, vom Gesetze der Freiheit berechnete, Weglassung empirischer Bedingungen erweitere und so synthetische Rechtssätze *a priori* aufstellen kann, deren Beweis (wie bald gezeigt werden soll) nachher in praktischer Rücksicht auf analytische Art geführt werden kann.

Etwas Äußeres als das Seine zu haben, ist nur in einem rechtlichen Zustande, unter einer öffentlich-gesetzgebenden Gewalt, d. i. im bürgerlichen Zustand möglich

Wenn ich (wörtlich oder durch die Tat) erkläre, ich will, daß etwas Äußeres das Meine sein solle, so erkläre ich jeden Anderen für verbindlich, sich des Gegenstandes meiner Willkür zu enthalten: eine Verbindlichkeit, die niemand ohne diesen meinen rechtlichen Akt haben würde. In dieser Anmaßung aber liegt zugleich das Bekenntnis: jedem Anderen in Ansehung des äußeren Seinen wechselseitig zu einer gleichmäßigen Enthaltung verbunden zu sein; denn die Verbindlichkeit geht hier aus einer allgemeinen Regel des äußeren rechtlichen Verhältnisses hervor. Ich bin also nicht verbunden, das äußere Seine des Anderen unangetastet zu lassen, wenn mich nicht jeder andere dagegen auch sicher stellt, er werde in Ansehung des Meinigen sich nach ebendemselben Prinzip verhalten; welche Sicherstellung gar nicht eines besonderen rechtlichen Akts bedarf, sondern schon im Begriffe einer äußeren rechtlichen Verpflichtung, wegen der Allgemeinheit, mithin auch der Reziprozität der Verbindlichkeit aus einer allgemeinen Regel, enthalten ist. – Nun kann der einseitige Wille in Ansehung eines äußeren, mithin zufälligen, Besitzes nicht zum Zwangsgesetz für jedermann dienen, weil das der Freiheit nach allgemeinen Gesetzen Abbruch tun würde. Also ist nur ein jeden anderen verbindender, mithin kollektiv-allgemeiner (gemeinsamer) und machthabender Wille, derjenige, welcher jedermann jene Sicherheit leisten kann. – Der Zustand aber unter einer allgemeinen äußeren (d. i. öffentlichen), mit Macht begleiteten Gesetzgebung, ist der bürgerliche. Also kann es nur im bürgerlichen Zustande ein äußeres Mein und Dein geben.

Folgesatz: Wenn es rechtlich möglich sein muß, einen äußeren Gegenstand als das Seine zu haben: so muß es auch dem Subjekt erlaubt sein, jeden Anderen, mit dem es zum Streit des Mein und Dein über ein solches Objekt kommt, zu nötigen, mit ihm zusammen in eine bürgerliche Verfassung zu treten.

§ 9

Im Naturzustande kann doch ein wirkliches, aber nur provisorisches äußeres Mein und Dein statthaben

Das Naturrecht im Zustande einer bürgerlichen Verfassung (d. i. dasjenige, was für die letztere aus Prinzipien *a priori* abgeleitet werden kann), kann durch die statutarischen Gesetze der letzteren nicht Abbruch leiden, und so bleibt das rechtliche Prinzip in Kraft: »Der, welcher nach einer Maxime verfährt, nach der es unmöglich wird, einen Gegenstand meiner Willkür als das Meine zu haben, lädiert mich«; denn bürgerliche Verfassung ist allein der rechtliche Zustand, durch welchen jedem das Seine nur gesichert, eigentlich aber nicht ausgemacht und bestimmt wird. – Alle Garantie setzt also das Seine von jemandem (dem es gesichert wird) schon voraus. Mithin muß vor der bürgerlichen Verfassung (oder von ihr abgesehen) ein äußeres Mein und Dein als möglich angenommen werden, und zugleich ein Recht, jedermann, mit dem wir irgend auf eine Art in Verkehr kommen könnten, zu nötigen, mit uns in eine Verfassung zusammenzutreten, worin jenes gesichert werden kann. – Ein Besitz in Erwartung und Vorbereitung eines solchen Zustandes, der allein auf einem Gesetz des gemeinsamen Willens gegründet werden kann, der also zu der Möglichkeit des letzteren zusammenstimmt, ist ein provisorisch-rechtlicher Besitz, wogegen derjenige, der in einem solchen wirklichen Zustande angetroffen wird, ein peremptorischer Besitz sein würde. – Vor dem Eintritt in diesen Zustand, zu dem das Subjekt bereit ist, widersteht er denen mit Recht, die dazu sich nicht bequemen und ihn in seinem einstweiligen Besitz stören wollen; weil der Wille aller Anderen, außer ihm selbst, der ihm eine Verbindlichkeit aufzulegen denkt, von einem gewissen Besitz abzustehen, bloß einseitig ist, mithin ebensowenig gesetzliche Kraft (als die nur im allgemeinen Willen angetroffen wird) zum Widersprechen hat, als jener zum Behaupten, indessen daß der letztere doch dies voraus hat, zur Einführung und Errichtung eines bürgerlichen Zustandes zusammenzustimmen. – Mit einem Worte: die Art, etwas Äußeres als das Seine im Naturzustande zu haben, ist ein physischer Besitz, der die rechtliche

1 Präsumtion für sich hat, ihn durch Vereinigung mit dem Willen Aller in einer öffentlichen Gesetzgebung, zu einem rechtlichen zu machen, und gilt in der Erwartung komparativ für einen rechtlichen.

5 Dieses Prärogativ des Rechts aus dem empirischen Besitzstande nach der Formel: Wohl dem, der im Besitz ist (*beati possidentes*), besteht nicht darin: daß, weil er die Präsumtion eines rechtlichen Mannes hat, er nicht nötig habe, den Beweis zu führen, er besitze etwas rechtmäßig (denn das gilt nur im streitigen Rechte), sondern weil, nach 10 dem Postulat der praktischen Vernunft, jedermann das Vermögen zukommt, einen äußeren Gegenstand seiner Willkür als das Seine zu haben, mithin jede Inhabung ein Zustand ist, dessen Rechtmäßigkeit sich auf jenem Postulat durch 15 einen Akt des vorhergehenden Willens gründet, und der, wenn nicht ein älterer Besitz eines Anderen von ebendemselben Gegenstande dawider ist, also vorläufig, nach dem Gesetz der äußeren Freiheit, jedermann, der mit mir nicht in den Zustand einer öffentlich gesetzlichen Freiheit treten will, von aller Anmaßung des Gebrauchs eines solchen Gegenstandes abzuhalten berechtigt, um dem Postulat der Vernunft gemäß, eine Sache, die sonst praktisch vernichtet sein 20 würde, seinem Gebrauch zu unterwerfen.

10 sondern. Siehe »Anmerkungen des Herausgebers«

solange derselbe währt, allen Effekt einer rechtmäßigen Erwer- 1
bung bei sich führt, weil dieser Ausgang auf Pflicht gegründet ist.

73
[271]
70
Zweiter Abschnitt
Vom persönlichen Recht

§ 18

5

Der Besitz der Willkür eines Anderen als Vermögen, sie durch
die meine nach Freiheitsgesetzen zu einer gewissen Tat zu bestim-
men (das äußere Mein und Dein in Ansehung der Kausalität eines
Anderen), ist ein Recht (dergleichen ich mehrere gegen eben-
dieselbe Person oder gegen andere haben kann); der Inbegriff 10
(das System) der Gesetze aber, nach welchen ich in diesem Besitz
sein kann, das persönliche Recht, welches nur ein einziges
ist.

Die Erwerbung eines persönlichen Rechts kann niemals ur-
sprünglich und eigenmächtig sein (denn eine solche würde nicht 15
dem Prinzip der Einstimmung der Freiheit meiner Willkür mit
der Freiheit von jedermann gemäß, mithin unrecht sein). Ebenso
kann ich auch nicht durch rechtswidrige Tat eines anderen
(*facto iniusto alterius*) erwerben; denn wenn diese Läsion mir
auch selbst widerfahren wäre, und ich von dem Anderen mit 20
Recht Genugtuung fordern kann, so wird dadurch doch nur das
Meine unvermindert erhalten, aber nichts über das, was ich
schon vorher hatte, erworben.

Erwerbung durch die Tat eines Anderen, zu der ich diesen nach
Rechtsgesetzen bestimme, ist also jederzeit von dem Seinen des 25
Anderen abgeleitet, und diese Ableitung, als rechtlicher Akt,
kann nicht durch diesen als einen negativen Akt, nämlich der
Verlassung, oder einer auf das Seine geschehenen Verzicht-
tung (*per derelictionem aut renunciationem*), geschehen, denn
dadurch wird nur das Seine eines oder des Anderen aufgehoben, 30
aber nichts erworben, – sondern allein durch Übertragung
(*translatio*), welche nur durch einen gemeinschaftlichen Willen
möglich ist, vermittelt dessen der Gegenstand immer in die Ge-

- 1 walt des Einen oder des Anderen kommt, alsdann Einer seinem
Anteile an dieser Gemeinschaft entsagt, und so das Objekt durch
Annahme desselben (mithin einen positiven Akt der Willkür) das
Seine des Anderen wird. – Die Übertragung seines Eigentums
5 an einen Anderen ist die Veräußerung. Der Akt der vereinigten
Willkür zweier Personen, wodurch überhaupt das Seine des
Einen auf den Anderen übergeht, ist der Vertrag.

§ 19

[272]

In jedem Vertrage sind zwei vorbereitende, und zwei
10 konstituierende rechtliche Akte der Willkür; die beiden erste-
ren (die des Traktierens) sind das Angebot (*oblatio*) und
die Billigung (*approbatio*) desselben; die beiden anderen
(nämlich des Abschließens) sind das Versprechen (*pro-*
missum) und die Annehmung (*acceptatio*). – Denn ein An-
15 erbieten kann nicht eher ein Versprechen heißen, als wenn ich
vorher urteile, das Angebotene (*oblatum*) sei etwas, was dem
Promissar angenehm sein könne; welches durch die zwei er-
steren Deklarationen angezeigt, durch diese allein aber noch
nichts erworben wird.

20 Aber weder durch den besonderen Willen des Promitten-
ten, noch den des Promissars (als Acceptanten), geht das Seine
des ersteren zu dem letzteren über, sondern nur durch den ver-
einigten Willen beider, mithin sofern beider Wille zugleich
deklariert wird. Nun ist dies aber durch empirische Aktus der
25 Deklaration, die einander notwendig in der Zeit folgen müs-
sen, und niemals zugleich sind, unmöglich. Denn, wenn ich ver-
sprochen habe und der Andere nun acceptieren will, so kann ich
während der Zwischenzeit (so kurz sie auch sein mag) es mich
gereuen lassen, weil ich vor der Acceptation noch frei bin; so wie
30 andererseits der Acceptant, eben darum, an seine auf das Verspre-
chen folgende Gegenerklärung auch sich nicht für gebunden hal-
ten darf. – Die äußeren Förmlichkeiten (*solemnia*) bei Schließung

4 das Seine des Andern wird] das Seine wird

des Vertrags (der Handschlag oder die Zerbrechung eines von beiden Personen angefaßten Strohhalms [*stipula*]) und alle hin und her geschene Bestätigungen seiner vorherigen Erklärung beweisen vielmehr die Verlegenheit der Paziszenten, wie und auf welche Art sie die immer nur aufeinander folgenden Erklärungen als in einem Augenblicke zugleich existierend vorstellig machen wollen, was ihnen doch nicht gelingt; weil es immer nur in der Zeit einander folgende Aktus sind, wo, wenn der eine Akt ist, der andere entweder noch nicht, oder nicht mehr ist.

Aber die transzendente Deduktion des Begriffs der Erwerbung durch Vertrag kann allein alle diese Schwierigkeiten heben. In einem rechtlichen äußeren Verhältnisse wird meine Besitznehmung der Willkür eines Anderen (und so wechselseitig) als Bestimmungsgrund desselben zu einer Tat, zwar erst empirisch durch Erklärung und Gegenerklärung der Willkür eines jeden von beiden in der Zeit, als sinnlicher Bedingung der Apprehension, gedacht, wo beide rechtliche Akte immer nur aufeinander folgen; weil jenes Verhältnis (als ein rechtliches) rein intellektuell ist, wird durch den Willen als ein gesetzgebendes Vernunftvermögen jener Besitz als ein intelligibeler (*possessio noumenon*) nach Freiheitsbegriffen mit Abstraktion von jenen empirischen Bedingungen als das Mein oder Dein vorgestellt, wo beide Akte, des Versprechens und der Annehmung, nicht als aufeinander folgend, sondern (gleich als *pactum re initum*) aus einem einzigen gemeinsamen Willen hervorgehend (welches durch das Wort zugleich ausgedrückt wird) und der Gegenstand (*promissum*) durch Weglassung der empirischen Bedingungen nach dem Gesetz der reinen praktischen Vernunft als erworben vorgestellt wird.

Daß dieses die wahre und einzig mögliche Deduktion des Begriffs der Erwerbung durch Vertrag sei, wird durch die mühselige und doch immer vergebliche Bestrebung der Rechtsforscher (z.B. Moses Mendelssohns in seinem *Jerusalem*) zur Beweisführung jener Möglichkeit hinreichend bestätigt. – Die Frage war: Warum soll ich mein Versprechen halten? Denn daß ich es soll, begreift ein

19 ist, wird durch] ist, durch

jeder von selbst. Es ist aber schlechterdings unmöglich, von diesem kategorischen Imperativ noch einen Beweis zu führen; eben so wie es für den Geometer unmöglich ist, durch Vernunftschlüsse zu beweisen, daß ich, um ein Dreieck zu machen, drei Linien nehmen müsse (ein analytischer Satz), deren zwei aber zusammen genommen größer sein müssen, als die dritte (ein synthetischer; beide aber *a priori*). Es ist ein Postulat der reinen (von allen sinnlichen Bedingungen des Raumes und der Zeit, was den Rechtsbegriff betrifft, abstrahierenden) Vernunft, und die Lehre der Möglichkeit der Abstraktion von jenen Bedingungen, ohne daß dadurch der Besitz desselben aufgehoben wird, ist selbst die Deduktion des Begriffs der Erwerbung durch Vertrag; so wie es in dem vorigen Titel die Lehre von der Erwerbung durch Bemächtigung der äußeren Sache war.

§ 20

Was ist aber das Äußere, das ich durch den Vertrag erwerbe? Da es nur die Kausalität der Willkür des Anderen in Ansehung einer mir versprochenen Leistung ist, so erwerbe ich dadurch unmittelbar nicht eine äußere Sache, sondern eine Tat desselben, dadurch jene Sache in meine Gewalt gebracht wird, damit ich sie zu der meinen mache. – Durch den Vertrag also erwerbe ich das Versprechen eines Anderen (nicht das Versprochene), und doch kommt etwas zu meiner äußeren Habe hinzu; ich bin vermögender (*locupletior*) geworden, durch Erwerbung einer aktiven Obligation auf die Freiheit und das Vermögen des anderen. – Dieses mein Recht aber ist nur ein persönliches, nämlich gegen eine bestimmte physische Person und zwar auf ihre Kausalität (ihre Willkür) zu wirken, mir etwas zu leisten, nicht ein Sachenrecht gegen diejenige moralische Person, welche nichts anderes als die Idee der *a priori* vereinigten Willkür aller ist, und wodurch ich allein ein Recht gegen jeden Besitzer derselben erwerben kann; als worin alles Recht in einer Sache besteht.

Die Übertragung des Meinen durch Vertrag geschieht 1
nach dem Gesetz der Stetigkeit (*lex continui*), d. i. der Besitz 2
des Gegenstandes ist während diesem Akt keinen Augen- 3
blick unterbrochen, denn sonst würde ich in diesem Zu- 4
stande einen Gegenstand als etwas, das keinen Besitzer hat 5
(*res vacua*), folglich ursprünglich erwerben; welches dem 6
Begriff des Vertrages widerspricht. – Diese Stetigkeit aber 7
bringt es mit sich, daß nicht eines von beiden (*promittentis et* 8
acceptantis) besonderer, sondern ihr vereinigter Wille derjenige 9
ist, welcher das Meine auf den Anderen überträgt; also nicht 10
auf die Art: daß der Versprechende zuerst seinen Besitz zum 11
Vorteil des Anderen verläßt (*derelinquit*), oder seinem Recht 12
entsagt (*renunciat*) und der Andere sogleich darin eintritt, 13
oder umgekehrt. Die Translation ist also ein Akt, in welchem 14
der Gegenstand einen Augenblick beiden zusammen ange- 15
hört, so wie in der parabolischen Bahn eines geworfenen Steins 16
dieser im Gipfel derselben einen Augenblick als im Steigen und 17
Fallen zugleich begriffen betrachtet werden kann, und so 18
allererst von der steigenden Bewegung zum Fallen übergeht. 19

§ 21

20

Eine Sache wird in einem Vertrage nicht durch Annehmung 21
(*acceptatio*) des Versprechens, sondern nur durch Übergabe 22
(*traditio*) des Versprochenen erworben. Denn alles Versprechen 23
geht auf eine Leistung, und wenn das Versprochene eine Sache 24
ist, kann jene nicht anders entrichtet werden, als durch einen 25
Akt, wodurch der Promissar vom Promittenten in den Besitz der- 26
selben gesetzt wird; d. i. durch die Übergabe. Vor dieser also und 27
dem Empfang ist die Leistung noch nicht geschehen; die Sache ist 28
von dem Einen zu dem Anderen noch nicht übergegangen, fol- 29
glich von diesem nicht erworben worden, mithin das Recht aus 30
einem Vertrage nur ein persönliches, und wird nur durch die Tra- 31
dition ein dingliches Recht.

25 entrichtet] errichtet

Der Vertrag, auf den unmittelbar die Übergabe folgt (*pac-* 1
tum re initum), schließt alle Zwischenzeit zwischen der 2
Schließung und Vollziehung aus, und bedarf keines beson- 3
deren noch zu erwartenden Akts, wodurch das Seine des 4
Einen auf den Anderen übertragen wird. Aber, wenn zwi- 5
schen jenen beiden noch eine (bestimmte oder unbe- 6
stimmte) Zeit zur Übergabe bewilligt ist, fragt sich: ob die 7
Sache schon vor dieser durch den Vertrag das Seine des Ac- 8
ceptanten geworden, und das Recht des letzteren ein Recht 9
in der Sache sei, oder ob noch ein besonderer Vertrag, der al- 10
lein die Übergabe betrifft, dazu kommen müsse, mithin das 11
Recht durch die bloße Acceptation nur ein persönliches sei, 12
und allererst durch die Übergabe ein Recht in der Sache 13
werde? – Daß es sich hiermit wirklich so wie das letztere be- 14
sagt, verhalte, erhellt aus nachfolgendem: 15

Wenn ich einen Vertrag über eine Sache, z. B. über ein 16
Pferd, das ich erwerben will, schliesse, und nehme es zu- 17
gleich mit in meinen Stall oder sonst in meinen physischen 18
Besitz, so ist es mein (*vi pacti re initi*), und mein Recht ist ein 19
Recht in der Sache; lasse ich es aber in den Händen des Ver- 20
käufers, ohne mit ihm darüber besonders auszumachen, in 21
wessen physischem Besitz (Inhabung) diese Sache vor mei- 22
ner Besitznehmung (*apprehensio*), mithin vor dem Wechsel 23
des Besitzes sein solle: so ist dieses Pferd noch nicht mein, 24
und mein Recht, was ich erwerbe, ist nur ein Recht gegen 25
eine bestimmte Person, nämlich den Verkäufer, von ihm in 26
den Besitz gesetzt zu werden (*poscendi traditionem*) als subjektive Bedingung der Möglichkeit alles beliebigen 27
Gebrauchs desselben, d. i. mein Recht ist nur ein persön- 28
liches Recht, von jenem die Leistung des Versprechens 29
(*praestatio*), mich in den Besitz der Sache zu setzen, zu for- 30
dern. Nun kann ich, wenn der Vertrag nicht zugleich die 31
Übergabe (als *pactum re initum*) enthält, mithin eine Zeit 32
zwischen dem Abschluß desselben und der Besitznehmung 33
des Erworbenen verläuft, in dieser Zeit nicht anders zum 34
Besitz gelangen als dadurch, daß ich einen besonderen recht- 35
lichen, nämlich einen Besitzakt (*actum possessorium*) [276]

ausübe, der einen besonderen Vertrag ausmacht, und dieser ist, daß ich sage: ich werde die Sache (das Pferd) abholen lassen, wozu der Verkäufer einwilligt. Denn daß dieser eine Sache zum Gebrauche eines Anderen auf eigene Gefahr in seine Gewahr-
same nehmen werde, versteht sich nicht von selbst, sondern dazu gehört ein besonderer Vertrag, nach welchem der Veräußerer seiner Sache innerhalb der bestimmten Zeit noch immer Eigentümer bleibt (und alle Gefahr, die die Sache treffen möchte, tragen muß), der Erwerbende aber nur dann, wann er über diese Zeit zögert, von dem Verkäufer dafür angesehen werden kann, als sei sie ihm überliefert. Vor diesem Besitzakt ist also alles durch den Vertrag Erworben nur ein persönliches Recht, und der Promissar kann ein äußere Sache nur durch Tradition erwerben.

§ 21a <§ 31>

Dogmatische Einteilung aller erwerblichen Rechte aus Verträgen

Von einer metaphysischen Rechtslehre kann gefordert werden, daß sie *a priori* die Glieder der Einteilung (*divisio logica*) vollständig und bestimmt aufzähle, und so ein wahres System derselben aufstelle; statt dessen alle empirische Einteilung bloß fragmentarisch (*partitio*) ist und es ungewiß läßt, ob es nicht noch mehr Glieder gebe, welche zur Ausfüllung der ganzen Sphäre des eingeteilten Begriffs erfordert würden. – Eine Einteilung nach einem Prinzip *a priori* (im Gegensatz der empirischen) kann man nun dogmatisch nennen.

Aller Vertrag besteht an sich, d. i. objektiv betrachtet, aus zwei rechtlichen Akten: dem Versprechen und der Annehmung desselben; die Erwerbung durch die letztere (wenn es nicht ein *pactum re initum* ist, welches Übergabe erfordert) ist nicht ein Teil, sondern die rechtlich notwendige Folge desselben. – Subjektiv aber erwogen, d. i. als Antwort auf die Frage: ob jene nach der Vernunft notwendige Folge (welche die Erwerbung sein sollte) auch wirklich erfolgen (physische Folge sein) werde, dafür habe ich durch die Annehmung des Verspre-

chens noch keine Sicherheit. Diese ist also, als äußerlich zur Modalität des Vertrages, nämlich der Gewißheit der Erwerbung durch denselben, gehörend, ein Ergänzungsstück zur Vollständigkeit der Mittel zur Erreichung der Absicht des Vertrags, nämlich der Erwerbung. – Es treten zu diesem Behuf drei Personen auf: der Promittent, der Acceptant und der Kavent; durch welchen letzteren, und seinen besonderen Vertrag mit dem Promittenten, der Acceptant zwar nichts mehr in Ansehung des Objekts, aber doch der Zwangsmittel gewinnt, zu dem Seinen zu gelangen.

Nach diesen Grundsätzen der logischen (rationalen) Einteilung gibt es nun eigentlich nur drei einfache und reine Vertragsarten; der vermischten aber und empirischen, welche zu den Prinzipien des Mein und Dein nach bloßen Vernunftgesetzen noch statutarische und konventionelle hinzutun, gibt es unzählige, sie liegen aber außerhalb dem Kreise der metaphysischen Rechtslehre, die hier allein verzeichnet werden soll.

Alle Verträge nämlich haben entweder, A. einseitigen Erwerb (wohlthätiger Vertrag), oder, B. wechselseitigen (belästigter Vertrag), oder gar keinen Erwerb, sondern nur, C. Sicherheit des Seinen (der einerseits wohlthätig, anderseits doch auch zugleich belästigend sein kann) zur Absicht.

A. Der WOHLTÄTIGE Vertrag (*pactum gratuitum*) ist:

- a) Die Aufbewahrung des anvertrauten Guts (*depositum*).
- b) Das Verleihen einer Sache (*commodatum*).
- c) Die Versenkung (*donatio*).

B. Der BELÄSTIGTE Vertrag:

- I. Der Veräußerungsvertrag (*permutatio late sic dicta*).
 - a) Der Tausch (*permutatio stricte sic dicta*): Ware gegen Ware.
 - b) Der Kauf und Verkauf (*emptio, venditio*): Ware gegen Geld.

15 statutarische] statuarische

c) Die Anleihe (*mutuum*): Veräußerung einer Sache, 1
unter der Bedingung, sie nur der Spezies nach wieder zu
erhalten (z.B. Getreide gegen Getreide, oder Geld
gegen Geld).

II. Der Verdingungsvertrag (*locatio, conductio*). 5

a) Die Verdingung meiner Sache an einen Anderen 5
zum Gebrauch derselben (*locatio rei*); welche, wenn sie
nur *in specie* wiedererstattet werden darf, als belästigter
Vertrag, auch mit Verzinsung verbunden sein kann
(*pactum usurarium*). 10

b) Der Lohnvertrag (*locatio operae*), d.i. die Bewilli- 10
gung des Gebrauchs meiner Kräfte an einen Anderen für
einen bestimmten Preis (*merces*). Der Arbeiter nach die-
sem Verträge ist der Lohndiener (*mercennarius*).

c) Der Bevollmächtigungsvertrag (*mandatum*): die 15
Geschäftsführung an der Stelle und im Namen eines
Anderen, welche, wenn sie bloß an des Anderen Stelle,
nicht zugleich in seinem (des Vertretenen) Namen ge-
führt wird, Geschäftsführung ohne Auftrag (*ges- 20*
stio negotii); wird sie aber im Namen des Anderen verrich-
tet, Mandat heißt, das hier, als Verdingungsvertrag,
ein belästigter Vertrag (*mandatum onerosum*) ist.

C. Der ZUSICHERUNGSVERTRAG (*cautio*):

a) Die Verpfändung und Pfandnehmung zusam- 25
men (*pignus*).

b) Die Gutsagung für das Versprechen eines anderen (*fi- 30*
deiussio).

c) Die persönliche Verbürgung (*praestatio obsidis*).

In dieser Tafel aller Arten der Übertragung (*translatio*) des Sei- 30
nen auf einen Anderen finden sich Begriffe von Objekten oder
Werkzeugen dieser Übertragung vor, welche ganz empirisch zu
sein scheinen, und selbst ihrer Möglichkeit nach, in einer meta-
physischen Rechtslehre, eigentlich nicht Platz haben, in der
die Einteilungen nach Prinzipien *a priori* gemacht werden müs-

6ff. a] α; b] β; c] γ 32 sein scheinen, und] sein, und

1 sen, mithin von der Materie des Verkehrs (welche konventionell
sein könnte) abstrahiert, und bloß auf die Form gesehen werden
muß, dergleichen der Begriff des Geldes, im Gegensatz mit
5 aller anderen veräußerlichen Sache, nämlich der Ware, im Titel
des Kaufs und Verkaufs, oder der eines Buchs ist. – Al-
lein es wird sich zeigen, daß jener Begriff des größten und brauch-
barsten aller Mittel des Verkehrs der Menschen mit Sachen,
Kauf und Verkauf (Handel) genannt, imgleichen der eines
Buchs, als das des größten Verkehrs der Gedanken, sich doch in
10 lauter intellektuelle Verhältnisse auflösen lasse, und so die Tafel
der reinen Verträge nicht durch empirische Beimischung verun-
reinigen dürfe.

I. Was ist Geld?

Geld ist eine Sache, deren Gebrauch nur dadurch möglich
15 ist, daß man sie veräußert. Dies ist eine gute Namenerklä-
rung desselben (nach Achenwall), nämlich hinreichend zur
Unterscheidung dieser Art Gegenstände der Willkür von allen an-
deren; aber sie gibt uns keinen Aufschluß über die Möglichkeit
einer solchen Sache. Doch sieht man soviel daraus: daß erst-
20 lich diese Veräußerung im Verkehr nicht als Verschenkung, son-
dern als zur wechselseitigen Erwerbung (durch ein *pactum*
onerosum) beabsichtigt ist; zweitens daß, da es als ein (in
einem Volke) allgemein beliebtes bloßes Mittel des Handels,
was an sich keinen Wert hat, im Gegensatz einer Sache als Ware
25 (d.i. desjenigen, was einen solchen hat und sich auf das beson- [287]
dere Bedürfnis eines oder des anderen im Volke bezieht) gedacht
wird, es alle Ware repräsentiert.

Ein Scheffel Getreide hat den größten direkten Wert als Mittel
zu menschlichen Bedürfnissen. Man kann damit Tiere füttern,
30 die uns zur Nahrung, zur Bewegung und zur Arbeit an unserer
statt dienen, und dann auch vermittelt desselben also Menschen
vermehrten und erhalten, welche nicht allein jene Naturprodukte

31 statt dienen, und] statt und

immer wieder erzeugen, sondern auch durch Kunstprodukte 1
allen unseren Bedürfnissen zu Hilfe kommen können; zur Verfertigung unserer Wohnung, Kleidung, ausgesuchtem Genusse und aller Gemächlichkeit überhaupt, welche die Güter der Industrie ausmachen. Der Wert des Geldes ist dagegen nur indirekt. Man 5
kann es selbst nicht genießen oder als ein solches irgend wozu unmittelbar gebrauchen; aber doch ist es ein Mittel, was unter allen Sachen von der höchsten Brauchbarkeit ist.

Hierauf läßt sich vorläufig eine Realdefinition des Geldes gründen: es ist das allgemeine Mittel den Fleiß der Menschen gegeneinander zu verkehren, so: daß der Nationalreichtum, insofern er vermittelt des Geldes erworben worden, eigentlich nur die Summe des Fleißes ist, mit dem Menschen sich untereinander lohnen, und welcher durch das in dem Volk umlaufende Geld repräsentiert wird. 10

Die Sache nun, welche Geld heißen soll, muß also selbst soviel Fleiß gekostet haben, um sie hervorzubringen, oder auch anderen Menschen in die Hände zu schaffen, daß dieser demjenigen Fleiß, durch welchen die Ware (in Natur- oder Kunstprodukten) hat erworben werden müssen, und gegen welchen jener ausgetauscht wird, gleichkomme. Denn wäre es leichter, den Stoff, der Geld heißt, als die Ware anzuschaffen, so käme mehr Geld zu Markte, als Ware feil steht; und weil der Verkäufer mehr Fleiß auf seine Ware verwenden müßte als der Käufer, dem das Geld schneller zufließt: so würde der Fleiß in Verfertigung der Ware und so das Gewerbe überhaupt mit dem Erwerbfleiß, der den öffentlichen Reichtum zur Folge hat, zugleich schwinden und verkürzt werden. – Daher können Banknoten und Assignaten nicht für Geld angesehen werden, ob sie gleich eine Zeit hindurch die Stelle desselben vertreten; weil es beinahe gar keine Arbeit kostet, sie zu verfertigen, und ihr Wert sich bloß auf die Meinung der ferneren Fortdauer der bisher gelungenen Umsetzung derselben in 20
[288] Barschaft gründet, welche bei einer etwaigen Entdeckung, daß die letztere nicht in einer zum leichten und sicheren Verkehr hinreichenden Menge da sei, plötzlich verschwindet und den Ausfall 25
30
35

23 Verkäufer] Käufer

1 der Zahlung unvermeidlich macht. – So ist der Erwerbfleiß derer, welche die Gold- und Silberbergwerke in Peru, oder Neumexiko anbauen, vornehmlich bei den so vielfältig mißlingenden Versuchen eines vergeblich angewandten Fleißes, im Aufsuchen der 5
Erzgänge, wahrscheinlich noch größer, als der auf die Verfertigung der Waren in Europa verwendete, und würde als unvergolten, mithin von selbst nachlassend, jene Länder bald in Armut sinken lassen, wenn nicht der Fleiß Europens dagegen, eben durch diese Materialien gereizt, sich proportionierlich zugleich 10
erweiterte, um bei jenen die Lust zum Bergbau, durch ihnen angebotene Sachen des Luxus, beständig rege zu erhalten; so daß immer Fleiß gegen Fleiß in Konkurrenz kommen.

Wie ist es aber möglich, daß das, was anfänglich Ware war, endlich Geld ward? Wenn ein großer und machthabender Vertuer 15
einer Materie, die er anfangs bloß zum Schmuck und Glanz seiner Diener (des Hofes) brauchte (z. B. Gold, Silber, Kupfer, oder eine Art schöner Muschelschalen, Kauris, oder auch, wie in Kongo, eine Art Matten, Makuten genannt, oder wie am Senegal, Eisenstangen, und auf der Guineaküste selbst Negerklaven); d. i. wenn ein Landesherr die Abgaben von seinen Untertanen in dieser Materie (als Ware) einfordert, und die, deren Fleiß in Anschaffung derselben dadurch bewegt werden soll, mit eben denselben nach Verordnungen des Verkehrs unter und mit ihnen überhaupt (auf einem Markt oder einer Börse), wieder 20
lohnt. – Dadurch allein hat (meinem Bedünken nach) eine Ware ein gesetzliches Mittel des Verkehrs des Fleißes der Untertanen untereinander und hiermit auch des Staatsreichtums, d. i. Geld, werden können.

Der intellektuelle Begriff, dem der empirische vom Gelde untergelegt ist, ist also der von einer Sache, die, im Umlauf des Besitzes begriffen (*permutatio publica*), den Preis aller anderen Dinge (Waren) bestimmt, unter welche letztere sogar Wissenschaften, sofern sie Anderen nicht umsonst gelehrt werden, gehören; dessen Menge also in einem Volk die Begüterung (*opulentia*) 25
desselben ausmacht. Denn Preis (*pretium*) ist das öffentliche Ur-

24 Vor wieder scheint Text ausgefallen zu sein

teil über den Wert (*valor*) einer Sache in Verhältnis auf die proportionierte Menge desjenigen, was das allgemeine stellvertretende Mittel der gegenseitigen Vertauschung des Fleißes (des Umlaufs) ist. – Daher werden, wo der Verkehr groß ist, weder [289] Gold noch Kupfer für eigentliches Geld, sondern nur für Ware gehalten; weil von dem ersteren zu wenig, vom anderen zu viel da ist, um es leicht in Umlauf zu bringen, und dennoch in so kleinen Teilen zu haben, als zum Umsatz gegen Ware, oder eine Menge derselben im kleinsten Erwerb nötig ist. Silber (weniger oder mehr mit Kupfer versetzt) wird daher im großen Verkehr der Welt für das eigentliche Material des Geldes und den Maßstab der Berechnung aller Preise genommen; die übrigen Metalle (noch viel mehr also die unmetallischen Materien) können nur in einem Volk von kleinem Verkehr stattfinden. – Die ersteren beiden, wenn sie nicht bloß gewogen, sondern auch gestempelt, d. i. mit einem Zeichen, für wieviel sie gelten sollen, versehen worden, sind gesetzliches Geld, d. i. Münze.

»Geld ist also (nach Adam Smith) derjenige Körper, dessen Veräußerung das Mittel und zugleich der Maßstab des Fleißes ist, mit welchem Menschen und Völker untereinander Verkehr treiben.« – Diese Erklärung führt den empirischen Begriff des Geldes dadurch auf den intellektuellen hinaus, daß sie nur auf die Form der wechselseitigen Leistungen im belästigten Verträge sieht (und von dieser ihrer Materie abstrahiert), und so auf den Rechtsbegriff in der Umsetzung des Mein und Dein (*commutatio late sic dicta*) überhaupt, um die obige Tafel einer dogmatischen Einteilung *a priori*, mithin der Metaphysik des Rechts, als eines Systems, angemessen vorzustellen.

II. Was ist ein Buch?

Ein Buch ist eine Schrift (ob mit der Feder oder durch Typen auf wenig oder viel Blättern verzeichnet, ist hier gleichgültig), welche eine Rede vorstellt, die jemand durch sichtbare Sprachzeichen an das Publikum hält. – Der, welcher zu diesem in seinem eigenen Namen spricht, heißt der Schriftsteller (*autor*).

- 1 Der, welcher durch eine Schrift im Namen eines Anderen (des Autors) öffentlich redet, ist der Verleger. Dieser, wenn er es mit Jenes seiner Erlaubnis tut, ist der rechtmäßige; tut er es aber ohne dieselbe, der unrechtmäßige Verleger, d. i. der Nachdrucker.
- 5 Die Summe aller Kopien der Urschrift (Exemplare) ist der Verlag.

Der Büchernachdruck ist von Rechts wegen verboten

- Schrift ist nicht unmittelbar Bezeichnung eines Begriffs (wie etwa ein Kupferstich, der als Porträt, oder ein Gipsabdruck, der als die Büste eine bestimmte Person vorstellt), sondern eine Rede ans Publikum, d. i. der Schriftsteller spricht durch den Verleger öffentlich. – Dieser aber, nämlich der Verleger, spricht (durch seinen Werkmeister, [*operarius*] den Drukker) nicht in seinem eigenen Namen (denn sonst würde er sich für den Autor ausgeben), sondern im Namen des Schriftstellers, wozu er also nur durch eine ihm von dem letzteren erteilte Vollmacht (*mandatum*) berechtigt ist. – Nun spricht der Nachdrucker durch seinen eigenmächtigen Verlag zwar auch im Namen des Schriftstellers, aber ohne dazu Vollmacht zu haben (*gerit se mandatarium absque mandato*); folglich begeht er an dem von dem Autor bestellten (mithin einzig rechtmäßigen) Verleger ein Verbrechen der Entwendung des Vorteils, den der letztere aus dem Gebrauch seines Rechts ziehen konnte und wollte (*furtum usus*); also ist der Büchernachdruck von Rechts wegen verboten.

- Die Ursache des rechtlichen Anscheins einer gleichwohl beim ersten Anblick so stark auffallenden Ungerechtigkeit, als der Büchernachdruck ist, liegt darin: daß das Buch einerseits ein körperliches Kunstprodukt (*opus mechanicum*) ist, was nachgemacht werden kann (von dem, der sich im rechtmäßigen Besitz eines Exemplars desselben befindet), mithin daran ein Sachenrecht statthat; andererseits aber ist das Buch auch bloße Rede des Verlegers ans Publikum, die dieser, ohne dazu Vollmacht vom Verfasser zu haben, öffentlich nicht nachsprechen

darf (*praestatio operae*), ein persönliches Recht, und nun besteht der Irrtum darin, daß beides miteinander verwechselt wird. 1

Die Verwechslung des persönlichen Rechts mit dem Sachenrecht ist noch in einem anderen, unter den Verdingungsvertrag gehörigen Fall (B. II. a), nämlich dem der Einmietung (*ius inco-* 5
latus), ein Stoff zu Streitigkeiten. – Es fragt sich nämlich: ist der Eigentümer, wenn er sein an jemanden vermietetes Haus (oder seinen Grund) vor Ablauf der Mietszeit an einen Anderen verkauft, verbunden, die Bedingung der fortdauernden Miete dem Kaufkontrakte beizufügen, oder kann man sagen: Kauf bricht 10
Miete (doch in einer durch den Gebrauch bestimmten Zeit der Aufkündigung)? – Im ersteren Falle hätte das Haus wirklich eine Belästigung (*onus*) auf sich liegend, ein Recht in dieser Sache, das der Mieter sich an derselben (dem Hause) erworben hätte; 15
[291] welches auch wohl geschehen kann (durch Ingrossation des Mietskontrakts auf das Haus), aber alsdann kein bloßer Mietskontrakt sein würde, sondern wozu noch ein anderer Vertrag (dazu sich nicht viel Vermieter verstehen würden) hinzukommen müßte. Also gilt der Satz: »Kauf bricht Miete«, d. i. das volle Recht in einer Sache (das Eigentum) überwiegt alles persönliche Recht, 20
was mit ihm nicht zusammen bestehen kann; wobei doch die Klage aus dem Grunde des letzteren dem Mieter offen bleibt, ihn wegen des aus der Zerreißung des Kontrakts entspringenden Nachteils schadenfrei zu halten.

Dritter Abschnitt

Von dem auf dingliche Art persönlichen Recht

§ 22

Dieses Recht ist das des Besitzes eines äußeren Gegenstandes als einer Sache und des Gebrauchs desselben als einer Person. – Das Mein und Dein nach diesem Recht ist das häusliche und das Verhältnis in diesem Zustande ist das der Gemein-

1 schafft freier Wesen, die durch den wechselseitigen Einfluß (der Person des Einen auf des Anderen) nach dem Prinzip der äußeren Freiheit (Kausalität) eine Gesellschaft von Gliedern eines Ganzen (in Gemeinschaft stehender Personen) ausmachen, welches das Hauswesen heißt. – Die Erwerbungsart dieses Zustandes und in demselben geschieht weder durch eigenmächtige 5
Tat (*facto*), noch durch bloßen Vertrag (*pacto*), sondern durchs Gesetz (*lege*), welches, weil es kein Recht in einer Sache, auch nicht ein bloßes Recht gegen eine Person, sondern auch ein Besitz derselben zugleich ist, ein über alles Sachen- und persönliche 10
hinausliegendes Recht, nämlich das Recht der Menschheit in unserer eigenen Person sein muß, welches ein natürliches Erlaubnisgesetz zur Folge hat, durch dessen Gunst uns eine solche Erwerbung möglich ist.

§ 23

[277]

Die Erwerbung nach diesem Gesetz ist dem Gegenstande nach dreierlei: Der Mann erwirbt ein Weib, das Paar erwirbt Kinder und die Familie Gesinde. – Alles dieses Erwerbliche ist zugleich unveräußerlich, und das Recht des Besitzers dieser Gegenstände das allerpersönlichste. 20

Des Rechts der häuslichen Gesellschaft erster Titel: Das Eherecht

§ 24

Geschlechtsgemeinschaft (*commercium sexuale*) ist der 25
wechselseitige Gebrauch, den ein Mensch von eines Anderen Geschlechtsorganen und Vermögen macht (*usus membrorum et facultatum sexualium alterius*), und entweder ein natürlicher (wodurch seines Gleichen erzeugt werden kann), oder unnatürlicher Gebrauch, und dieser entweder an einer Person ebendesselben Geschlechts, oder einem Tiere von einer anderen als der 30

DER RECHTSLEHRE ZWEITER TEIL

DAS ÖFFENTLICHE RECHT

1 Übergang von dem Mein und Dein im Naturzustande
zu dem im rechtlichen Zustande überhaupt

§ 41

- Der rechtliche Zustand ist dasjenige Verhältnis der Menschen
5 untereinander, welches die Bedingungen enthält, unter denen al-
lein jeder seines Rechts teilhaftig werden kann, und das for- [306]
male Prinzip der Möglichkeit desselben, nach der Idee eines all-
gemein gesetzgebenden Willens betrachtet, heißt die öffentliche
Gerechtigkeit, welche in Beziehung, entweder auf die Möglich-
10 keit, oder Wirklichkeit, oder Notwendigkeit des Besitzes der Ge-
genstände (als der Materie der Willkür) nach Gesetzen, in die
beschützende (*iustitia tutatrix*), die wechselseitig erwer-
bende (*iustitia commutativa*) und die austeilende Gerech-
tigkeit (*iustitia distributiva*) eingeteilt werden kann. – Das Ge-
15 setz sagt hierbei erstens, bloß welches Verhalten innerlich der
Form nach recht ist (*lex iusti*); zweitens, was der Materie
nach auch äußerlich gesetzfähig, d. i. diesen Besitzstand recht-
lich ist (*lex iuridica*); drittens, was und wovon der Ausspruch
vor einem Gerichtshofe in einem besonderen Falle unter dem ge-
20 gebenen Gesetze diesem gemäß, d. i. rechtens ist (*lex iustitiae*),
wo man denn auch jenen Gerichtshof selbst die Gerechtigkeit
eines Landes nennt, und, ob eine solche sei oder nicht sei, als die
wichtigste unter allen rechtlichen Angelegenheiten gefragt wer-
den kann.
- 25 Der nicht-rechtliche Zustand, d. i. derjenige, in welchem keine
austeilende Gerechtigkeit ist, heißt der natürliche Zustand
(*status naturalis*). Ihm wird nicht der gesellschaftliche Zu-
stand (wie Achenwall meint), und der ein künstlicher (*status*
artificialis) heißen könnte, sondern der bürgerliche (*status ci-*

vilis) einer unter einer distributiven Gerechtigkeit stehenden Gesellschaft entgegengesetzt; denn es kann auch im Naturzustande rechtmäßige Gesellschaften (z. B. eheliche, väterliche, häusliche überhaupt und andere beliebige mehr) geben, von denen kein Gesetz *a priori* gilt: »Du sollst in diesen Zustand treten«, wie es wohl vom rechtlichen Zustande gesagt werden kann, daß alle Menschen, die miteinander (auch unwillkürlich) in Rechtsverhältnisse kommen können, in diesen Zustand treten sollen.

Man kann den ersten und zweiten Zustand den des Privatrechts, den letzteren und dritten aber den des öffentlichen Rechts nennen. Dieses enthält nicht mehr, oder andere Pflichten der Menschen unter sich, als in jenem gedacht werden können; die Materie des Privatrechts ist ebendieselbe in beiden. Die Gesetze des letzteren betreffen also nur die rechtliche Form ihres Beisammenseins (Verfassung), in Ansehung deren diese Gesetze [307] notwendig als öffentliche gedacht werden müssen.

Selbst der bürgerliche Verein (*unio civilis*) kann nicht wohl eine Gesellschaft genannt werden; denn zwischen dem Befehlshaber (*imperans*) und dem Untertan (*subditus*) ist keine Mitgenossenschaft; sie sind nicht Gesellen, sondern einander untergeordnet, nicht beigeordnet und die sich einander beordnen, müssen sich, eben deshalb, untereinander als gleich ansehen, sofern sie unter gemeinsamen Gesetzen stehen. Jener Verein ist also nicht sowohl als macht vielmehr eine Gesellschaft.

§ 42

Aus dem Privatrecht im natürlichen Zustande geht nun das Postulat des öffentlichen Rechts hervor: du sollst, im Verhältnisse eines unvermeidlichen Nebeneinanderseins, mit allen Anderen, aus jenem heraus, in einen rechtlichen Zustand, d. i. den einer austeilenden Gerechtigkeit, übergehen. – Der Grund davon läßt sich analytisch aus dem Begriffe des Rechts, im äußeren Verhältnis, im Gegensatz der Gewalt (*violentia*) entwickeln.

Niemand ist verbunden, sich des Eingriffs in den Besitz des

1 Anderen zu enthalten, wenn dieser ihm nicht gleichmäßig auch Sicherheit gibt, er werde ebendieselbe Enthaltensamkeit gegen ihn beobachten. Er darf also nicht abwarten, bis er etwa durch eine traurige Erfahrung von der entgegengesetzten Gesinnung des
5 letzteren belehrt wird; denn was sollte ihn verbinden, allererst durch Schaden klug zu werden, da er die Neigung der Menschen überhaupt, über andere den Meister zu spielen (die Überlegenheit des Rechts anderer nicht zu achten, wenn sie sich, der Macht oder List nach, diesen überlegen fühlen) in sich selbst hinreichend wahrnehmen kann, und es ist nicht nötig, die wirkliche Feindseligkeit abzuwarten; er ist zu einem Zwange gegen den be-
10 fugt, der ihm schon seiner Natur nach damit droht. (*Quilibet praesumitur malus, donec securitatem dederit oppositi.*)

Bei dem Vorsatze, in diesem Zustande äußerlich gesetzloser Freiheit zu sein und zu bleiben, tun sie einander auch gar nicht
15 unrecht, wenn sie sich untereinander befehlen; denn was dem Einen gilt, das gilt auch wechselseitig dem Anderen, gleich als durch eine Übereinkunft (*uti partes de iure suo disponunt, ita ius est*); aber überhaupt tun sie im höchsten Grade daran unrecht*,
20 in einem Zustande sein und bleiben zu wollen, der kein rechtlicher ist, d. i. in dem Niemand des Seinen wider Gewalttätigkeit sicher ist.

127

* Der Unterschied zwischen dem, was bloß formaliter, und dem, was auch materialiter unrecht ist, hat in der Rechtslehre mannigfaltigen Gebrauch. Der Feind, der, statt seine Kapitulation mit der Besatzung einer
25 belagerten Festung ehrlich zu vollziehen, sie bei dieser ihrem Auszuge mißhandelt, oder sonst diesen Vertrag bricht, kann nicht über Unrecht klagen, wenn sein Gegner bei Gelegenheit ihm denselben Streich spielt. Aber
[308] sie tun überhaupt im höchsten Grade unrecht, weil sie dem Begriffe des
30 Rechts selber alle Gültigkeit nehmen, und alles der wilden Gewalt, gleichsam gesetzmäßig, überliefern, und so das Recht der Menschen überhaupt umstürzen.